Deutscher Bundestag **Drucksache 18/10536**

18. Wahlperiode 30.11.2016

Änderungsantrag

der Abgeordneten Sabine Leidig, Herbert Behrens, Caren Lay, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Annette Groth, Susanna Karawanskij, Kerstin Kassner, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Dr. Gesine Lötzsch, Thomas Lutze, Birgit Menz, Dr. Kirsten Tackmann, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 18/9524, 18/9953, 18/10102 Nr. 15, 18/10513 (neu) –

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

   ‚1. Dem § 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

   „(3) Vor der Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens für in der Anlage zu § 1 aufgeführte Maßnahmen ist ein Dialogverfahren durchzuführen, in dem die von Behörden oder Dritten vorgeschlagenen Alternativen zu prüfen sind. Deren Ergebnis ist dem Deutschen Bundestag zur Entscheidung vorzulegen. Der Deutsche Bundestag würdigt diese Alternativen und wählt eine Vorzugslösung aus, für die sodann der Vordringliche Bedarf gilt.“ ‘

2. Die bisherigen Nummern 1 bis 3 werden die Nummern 2 bis 4.

Berlin, den 29. November 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 muss erstmals die EU-rechtlich und bundesgesetzlich vorgeschriebene Strategische Umweltprüfung (SUP) angewendet werden. Demnach müssen „vernünftige Alternativen […] ermittelt, beschrieben und bewertet“ werden. Geeignete Verfahren für die Erarbeitung von Alternativen sind erweiterte oder informelle Beteiligungsverfahren wie Dialogforen, Runde Tische oder Mediationsverfahren. Bei umstrittenen Schienenprojekten ermöglichten diese den Konsens über wichtige Infrastrukturmaßnahmen. Sie können so deren öffentliche Legitimation verstärken, die Planungen verbessern und die Umsetzung der Lösung beschleunigen.

Es kam in den letzten Jahren immer wieder zu erheblichen Widerständen gegen Schienenprojekte, weil die Bevölkerung nicht in die Entscheidungen mit einbezogen wurde und sich übergangen gefühlt hat. Damit wurden häufig auch Chancen vertan, bessere Varianten für Aus- oder Neubaumaßnahmen zu finden. Dialogforen, wie sie hier vorgeschlagen werden, haben sich z. B. beim Ausbau der Strecke zwischen Hamburg und Hannover („Alpha-E-Variante“) oder beim Ausbau des Kinzigtals bewährt. Mit der hier beantragten Änderung würden solche Dialogforen schon in einem früheren Stadium durchgeführt, bevor die Art des Aus- oder Neubaus schon allzu stark festgelegt ist und bevor große Planungskapazitäten in eine später abgelehnte Ausbauvariante fließen. Damit könnten Aus- und Neubaumaßnahmen im Schienennetz letztlich auch deutlich beschleunigt werden.

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333